

# STADTTEIL-KURIER

ZEITUNG FÜR FINDORFF · WALLE

GRÖPELINGEN · OSLEBSHAUSEN · BLOCKLAND · BURG-GRAMBKE

MONTAG, 20. JANUAR 2020 | NR. 16 | WEST

## Klärschlamm-Debatte erhitzt die Gemüter

### Gröpelinger Beirat einigt sich auf gemeinsame Stellungnahme zur geplanten Verbrennungsanlage

VON ANNE GERLING

**Industriehäfen.** Kurz vor Weihnachten waren die Unterlagen im Ortsamt eingetroffen: Neun Aktenordner, prall gefüllt mit Skizzen, Schaltplänen, Gutachten und technischen Beschreibungen zu der von der Klärschlamm entsorgung Nordwestdeutschland (Kenow) am Industriehafen geplanten Klärschlammverbrennungsanlage. Schwer verdauliche Kost – nicht nur, weil der Lesestoff fachlich anspruchsvoll ist.

Das Thema ist vor allem auch hoch emotional. Seit das Vorhaben vor etwas mehr als zwei Jahren bekannt wurde, erhitzt die Anlage im Stadtteil die Gemüter. Denn ihr zukünftiger Standort beim Kraftwerk Hafen ist nur etwa 250 Meter Luftlinie von der nächsten Wohnbebauung entfernt und in der Nachbarschaft sind bereits etliche Müll verarbeitende Betriebe ansässig. Vielen Oslebshausen geht das zu weit, sie fürchten gesundheitliche Schäden durch Schadstoffe. Die Bürgerinitiative (BI) Oslebshausen und umzu will die Anlage deshalb unbedingt verhindern, 940 Unterschriften hat sie dagegen gesammelt.

Vor diesem Hintergrund musste sich nun also im Rahmen des Ende Oktober gestarteten Genehmigungsverfahrens der Gröpelinger Beirat auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen, in dessen Zuständigkeitsbereich die Industriehäfen liegen. Keine leichte Sache, denn innerhalb des Gremiums gehen die Meinungen zu der Anlage durchaus auseinander.

Unter anderem sitzen in der SPD-Fraktion mit Rolf Vogelsang und Birgit Erdogan die beiden BI-Gründer. Er halte den vorgesehenen

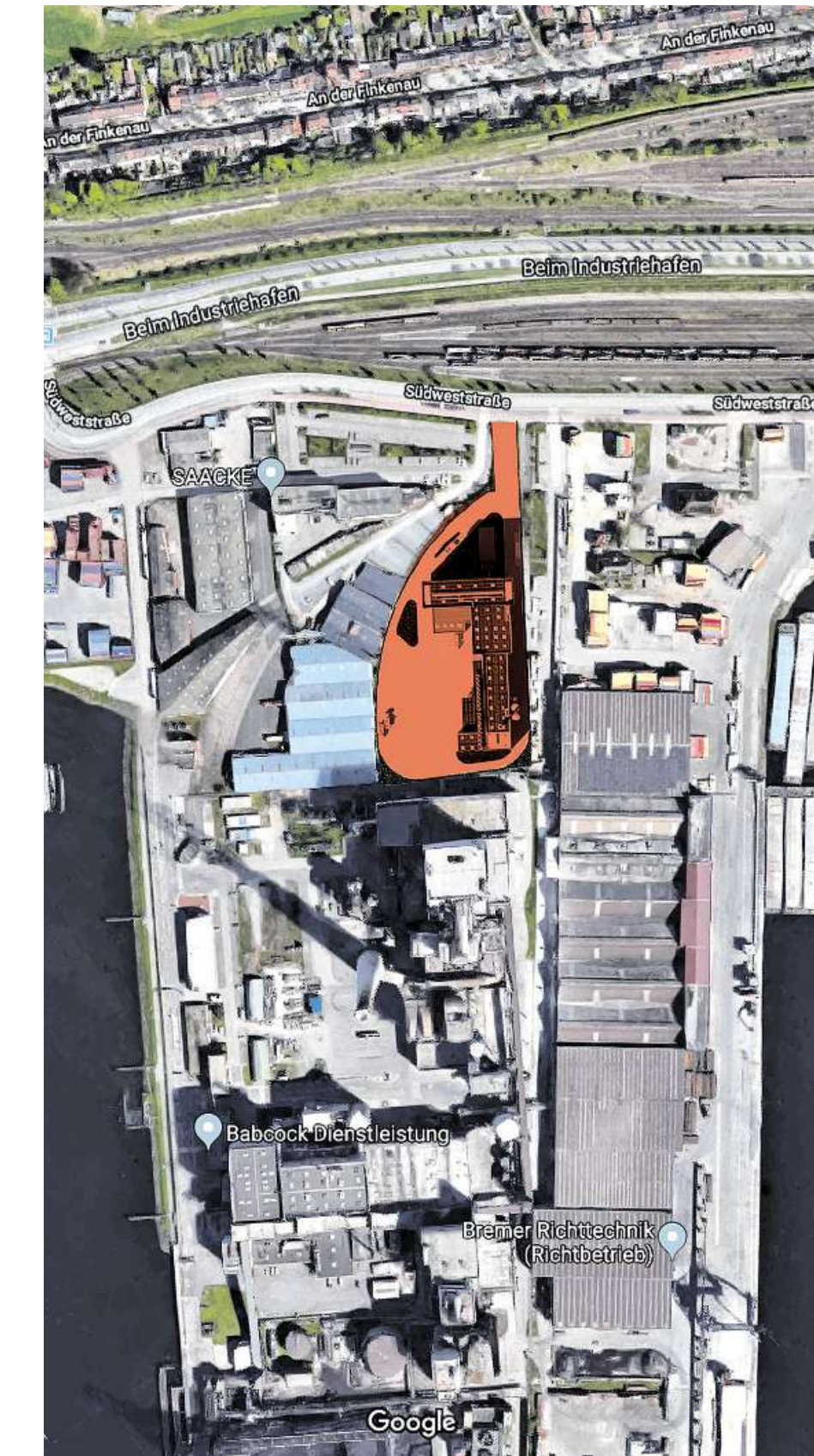
**„Wir haben das gleiche Ziel. Nur über die Wege dorthin sind wir anderer Meinung.“**

Barbara Wulff, Beiratssprecherin

Standort sowie eine zentrale Verbrennung von Klärschlamm für den nordwestdeutschen Raum oder sogar noch darüber hinaus für falsch, erklärte Vogelsang, weshalb er sich bei der Abstimmung enthalte – obwohl in die Beschlussvorlage „viele positive Ansätze“ eingegangen seien.

„Wir haben es uns nicht leicht gemacht und sehr intensiv in unserer Gruppe diskutiert, die Bürgerinitiative besucht, die Akten angeschaut und mit vielen Experten gesprochen“, betonte wiederum Lutz Liffers von der Grünen-Fraktion, die ein dreiseitiges Positionspapier zur Monoklärschlammverbrennungsanlage verfasst hat. Liffers: „Wir teilen nicht die Forderung nach Verhinderung der Monoverbrennungsanlage für Klärschlamm am Standort Industriehafen“ – auch, wenn man das Engagement der Bürgerinitiative ansonsten sehr schätze.

Die in Oslebshausen vermutlich wenig populäre Ansicht der Grünen: Die Anlage schade dem Stadtteil nicht, sondern werde im Gegenteil dringend benötigt. Schließlich schütze sie das Grundwasser, sichere die Fernwärme, ermögliche die Gewinnung des wertvollen Rohstoffs Phosphor und unterstütze den Kohleausstieg. Nur in einem Punkt



Das Konsortium Kenow will die Klärschlammverbrennungsanlage auf dem SWB-Grundstück an der Südweststraße (rot gekennzeichnet) bauen. FOTO: HANSEWASSER/GOOGLE

konnte das Kenow-Konzept die Grünen nicht überzeugen. So sei die Frage nicht zufriedenstellend beantwortet, wie zukünftig die bei der Verbrennung entstehenden Aschen und Feinstäube entsorgt werden sollen. Angedacht ist laut Konzept eine Zwischenlagerung auf der Waller Blocklanddeponie, auf der schon seit mehreren Jahren solche Aschen zwischengelagert werden. „Meine Befürchtung ist aber, dass die Blocklanddeponie dafür kapazitätsmäßig nicht ausgelegt ist“, so

Grünen-Fraktionssprecher Dieter Steinfeld. Deshalb müsse hierzu im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ein langfristiges Konzept vorgelegt werden.

Dieser Aspekt ist denn auch in der gemeinsamen Stellungnahme enthalten, auf die sich die Beiratsmitglieder schließlich bei drei Enthaltungen einigten; neben Vogelsang stimmten auch Birgit Erdogan (SPD) und der erklärte Anlagen-Gegner Bernd Breja (Linke) nicht mit ab. Insgesamt umfasst der Beiratsbe-



schluss neun Punkte – darunter eine Forderung, die auf die BI zurückgeht. Die hatte vor einiger Zeit als vermeintlich schonendere Alternative zur Klärschlammverbrennung das sogenannte Pyreg-Verfahren ins Gespräch gebracht. Vor der Genehmigung der geplanten Anlage müssten die zuständigen Behörden alle alternativen Verfahren zur Phosphor-Rückgewinnung – also auch das Pyreg-Verfahren – sorgfältig prüfen, verlangen dementsprechend nun die Ortspolitiker.

Bauchschmerzen bereitet einigen von ihnen der Umstand, dass laut Kenow-Unterlagen die Klärschlammverbrennung „vollautomatisch“ laufen soll. Die Befürchtung: Dass vor Ort somit kein Mitarbeiter den Ablauf überwacht. Aus diesem Grund fordert der Beirat, behördlich sicherzustellen, dass LKW die Anlage nach der Klärschlamm-Anlieferung auch wieder sauber verließen. Außerdem müssten quartalsweise Lärm und Feinstaub gemessen und die entsprechenden Werte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für Oslebshausen fordert der Beirat ein Begleitkonzept zur Verbesserung der Lebensqualität und insbesondere zum Lärm- und Emissionsschutz. Außerdem will er sich vor dem Bau der Anlage ein schlüssiges Konzept für den Anlieferungsverkehr vorlegen lassen.

„Wir haben das gleiche Ziel, nämlich eine gute Lebensqualität im Stadtteil. Nur wie die Wege dorthin sind, darüber sind wir anderer Meinung. Ich bin der Meinung, dieser Beschluss bietet eine gute Grundlage, um zu einer Verbesserung der Verhältnisse in Oslebshausen zu kommen“, merkte in der Sitzung Beiratssprecherin Barbara Wulff (SPD) in Richtung der BI an.

Diese hatte vorab ihre Stellungnahme auf den Stühlen im Nachbarschaftsraum verteilt, die der Beirat seinem Beschluss anhängen will. „Es ist nicht zu akzeptieren, dass in unmittelbarer Nähe zur Wohnbevölkerung Klärschlamm aus der gesamten nordwestdeutschen Region verbrannt werden“, heißt es darin unter anderem. „Es sind 69 Standorte, aus denen der Klärschlamm kommt, und zwischen dem Industriegebiet und unserem Wohngebiet liegen nur 250 Meter – das gibt es in keinem anderen Bundesland“, so BI-Mitbegründerin Birgit Erdogan.

Etwa drei Monate vor dem voraussichtlich im Sommer stattfindenden öffentlichen Erörterungstermin werden die Unterlagen vier Wochen lang öffentlich ausgelegt und können von jedermann eingesehen werden. Dann können sich auch Bürger mit ihren Einwänden zu Wort melden.